

Kurzinformationen

zusammengestellt von Jürgen Clemens und Theo Ebbers

Streiks und Arbeiterproteste

Streiks und Arbeiterproteste sind seit der Amtseinführung von Präsidentin Kumaratunga fast an der Tagesordnung. Allein in der zweiten Dezemberwoche wurden etwa 60 Streiks notiert. Vor allem die südlichen Landesteile sind davon betroffen. Zu Arbeiterprotesten und Streiks kam es in den städtischen Fabriken des Südens, in den Freihandelszonen Katunayake und Biyagama, in ländlichen Gebieten wie Matala und Pannala und im Plantagenssektor.

Die zum Teil gewalttätigen Arbeiterunruhen müssen vor dem Hintergrund der letzten 17 Jahre in der srilankischen Gewerkschaftspolitik gesehen werden. Während dieses Zeitraums wurden Gewerkschaften von der Regierung nicht als integraler Bestandteil der Wirtschaft angesehen. Die Formierung von Gewerkschaften in den Freihandelszonen und ausländischen Unter-

nehmen wurde gewaltsam unterdrückt. Beratungen und Verhandlungen über die Privatisierung von Staatsunternehmen fanden in der Regel ohne Beteiligung der Arbeiter oder deren Gewerkschaftsvertretern statt. Das Streikrecht wurde weder von Staat noch von Arbeitgebern anerkannt und die wenigen Streiks, zu denen es gelegentlich kam, wurden zumeist gewaltsam unterdrückt.

Viele Arbeiter und Gewerkschaften haben sich bei den letzten Wahlen für den politischen Wechsel eingesetzt und die 'Peoples Alliance' unterstützt. Sie hofften auf eine Regierung, die offen für ihre Forderungen ist und ihre Auseinandersetzungen mit dem Management mit Sympathie betrachtet. Während die Gewerkschaften ihre Aktionen als nicht-regierungsfeindlich bezeichneten, warf die neue Regierung ihnen zunächst vor, von der 'United National Party', der während der vergangenen 17 Jahre re-

gierenden Partei, zur Destabilisierung der Situation mißbraucht zu werden. Für einige Streiks ist dieser Vorwurf sicherlich zutreffend, nicht jedoch für alle Proteste.

Eine Welle von Streiks im Gesundheitsdienst verdeutlicht dies. Mitte November begann ein Streik von Angestellten im Gesundheitsdienst, die im Rang von 'Registered' oder 'Assistant Medical Officers' stehen und über keinen Hochschulabschluss als Ärzte verfügen. Mit ihrem Streik protestierten sie gegen ihren niedrigen Status in der medizinischen Hierarchie. Auf dem Höhepunkt des Streiks waren beinahe 500 ländliche Krankenhäuser und Gesundheitszentren betroffen. Schließlich akzeptierte die Regierung die Hauptforderung der Streikenden nach ihrer Aufnahme in die Kategorie der 'medical officers'. Dies führte zu einem Streikaufruf der Ärztegwerkschaft gegen diese 'Beförderung'. Der Streik, an dem sich mehr als 4.000 Ärzte beteilig-



Die neue Präsidentin hat bereits alle Hände voll zu tun (aus: 'Island', 8.1.95)

Zur Psychologie der Folter- und Kriegsoffer in Sri Lanka - Möglichkeiten der psychotherapeutischen Behandlung im europäischen Exil

Unter diesem Titel hat die Wiener Psychologin Barbara Preitler eine Arbeit vorgelegt, deren Hintergrund die Kriegssituation in Sri Lanka ist. Sie ist für zahlreiche psychische Probleme verantwortlich, unter denen die BewohnerInnen Sri Lankas leiden. Betroffen sind Menschen aller ethnischen Gruppen. Das Ziel der Arbeit ist es, auf der Basis der Beschreibung der Hintergründe der politischen und sozialen Situation in Sri Lanka und der allgemeinen Theorie der Psychologie der Folter, Besonderheiten und Gemeinsamkeiten in der Psychotherapie mit Menschen, die aus Sri Lanka nach Europa gekommen sind, zu beschreiben. Der wesentliche Unterschied in der Psychotherapie mit Folter- und Kriegsoffern zu üblichen Therapien in Europa liegt in der doppelten Traumatisierung der Betroffenen durch die Verfolgung, Haft und Folter im Heimatland und die Situation im Exil, die oft von drohender Abschiebung und rassistischen Übergriffen gekennzeichnet ist. Auf dieser Basis müssen zusätzliche Probleme wie Sprachbarrieren, Kulturunterschiede etc. verstanden werden. Bestellungen bei B. Preitler, Löblichgasse 13/3, A-1090 Wien. Preis: DM 30,- inkl. Versand.

ten, machte sämtliche medizinische Institutionen des Landes nahezu funktionsuntüchtig.

Schließlich gab die Regierung nach und widerrief die Vereinbarungen, die sie zuvor mit den 'unteren' Dienstgraden getroffen hatte. Hier wird deutlich, daß die Regierung unter Druck zu oft ad hoc Entscheidungen trifft und dabei das Gemeinwohl aus dem Auge verliert.

Streiks in den Unternehmen, die in den letzten drei bis vier Jahren privatisiert wurden, sind zumeist mit der Forderung nach erneuter Verstaatlichung verbunden.

Arbeitsniederlegungen in der Privatindustrie waren zumeist mit Forderungen nach höheren Löhnen verbunden und wurden oftmals von Gewalttätigkeiten begleitet. Mehrfach hielten Arbeiter die Unternehmensführung als Geiseln, bis diese sich ihren Forderungen beugten.

Die Streiks sind vor allem ein Zeichen der unter der Arbeiterschaft vorherrschenden Ideologie, die Verstaatlichung bejaht und sich gegen ausländisches Kapital wendet. Dieser Grundstimmung unter den Arbeitern versuchte Präsidentin Kumaratunga Rechnung zu tragen, als sie eine Delegation von Gewerkschaftern in ihrer Residenz 'Temple Trees' empfing. "Die Bemühungen der Regierung um die Beteiligung privater Unternehmen an den staatlichen Versicherungsgesellschaften richten sich auf deren Effizienzsteigerung. Es liegt nicht in der Absicht der Regierung, Regierungseigentum wie Versicherungsunternehmen an irgendwelche Favoriten und Freunde zu verschachern, wie es unter der letzten Regierung geschehen ist," versicherte die Präsidentin den Gewerkschaftern. Unter Bezug

auf die geplante Beteiligung von Privatinvestoren an Versicherungsunternehmen meinte Kumaratunga, es bestehe keine Gefahr des Abbaus von Arbeitsplätzen in diesem Sektor.

"Versicherungsorganisationen entwickeln sich und wachsen Tag für Tag. Es besteht nicht nur keine Gefahr des Stellenabbaus, sondern es wird zu einer Zunahme von Arbeitsplätzen in diesem Bereich kommen", so die Präsidentin. Der Anteil von Privatanteilen an so wichtigen Sektoren wie die Versicherungswirtschaft, soll nach Angaben Kumaratungas auf 50 Prozent beschränkt bleiben.

300.000 neue Jobs

Wie das 'Sri Lanka Bureau of Foreign Employment' mitteilte, will es 1995 weiteren 300.000 Personen eine Anstellung im Ausland - vorwiegend in den Golfstaaten - vermitteln. 1993 seien insgesamt

130.000 Arbeitnehmer vermittelt worden, während der ersten sechs Monate des Jahres 1994 seien es 65.000 gewesen. Die meisten der für Auslandsstellen vermittelten Personen würden eine Anstellung als Haushaltshilfen (house-maids) finden. Derzeit verhandele das Büro auch mit Ländern wie Japan, Malaysia, Korea und Papua Neuguinea, um auch dort Arbeitskräfte aus Sri Lanka unterbringen zu können. 1993 überwiesen srilankische Arbeitnehmer über 30 Milliarden Rupien (ca. eine Milliarde Mark) zurück nach Hause.

Zunehmendes Handelsbilanzdefizit durch steigende Importquote

Nach Angaben der Zentralbank von Sri Lanka führten zunehmende Importe in den ersten zehn Monaten des Jahres 1994, trotz zehnprozentiger Steigerung der Exporte, zu einem erneut gestiegenen Handelsbilanzdefizit. Während die Exporte von ursprünglich 2.307 Mio US\$ um zehn Prozent zunahmen, erhöhten sich die Importe von 3.338 Mio US\$ auf 3.903 Mio US\$. Dies steigerte das Handelsbilanzdefizit von 1.029 Mio auf 1.371 Mio US\$.

Industrielle Exporte nahmen mit 12 Prozent zu, von 1.662 Mio US\$ in den ersten zehn Monaten von 1993 auf 1.854 Mio US\$ im entsprechenden Zeitraum 1994. Erlöse für Textilien und Stoffe (etwa 66 Prozent der industriellen Exporte) verzeichneten nur eine gemäßigte Zunahme um acht Prozent auf 1.216 Mio US\$.

Erlöse für Mineralölprodukte stiegen von 65 Mio auf 66 Mio US\$. Die übrigen industriellen Exporte belaufen sich auf 572 Mio US\$ und stiegen überdurchschnittlich um 21 Prozent im Vergleich zum Vorjah-

Sympathie Magazin "Sri Lanka verstehen" erschienen

Bereits 1979 erschien zum ersten Mal ein Sympathie Magazin über Sri Lanka. Die "Perle im indischen Ozean" lockte damals als eines der beliebtesten Urlaubsreiseziele des internationalen Ferntourismus viele Touristen. Der seit vielen Jahren andauernde Bürgerkrieg im Land hat natürlich auch den Tourismus betroffen. Trotzdem zählte Sri Lanka 1993 fast wieder genausoviel Touristen wie im Rekordjahr 1982. Tourismus in einem Land mit Bürgerkrieg - ein srilankisches Paradox? - das Ergebnis eines Gewöhnungseffektes bei Einheimischen und Touristen? In den Strandhotels im Südwesten bleibt für die Urlauber die Illusion des "tropischen Paradieses" erhalten und die Realität des Landes weitgehend ausgeblendet. Das neue Sympathie Magazin "Sri Lanka verstehen" möchte dem Leser einen Blick hinter die touristische Kulisse ermöglichen, es plädiert für Offenheit und Neugier, um Land und Leute besser verstehen zu können. Zahlreiche Beiträge der Publikation wurden übrigens von MitarbeiterInnen des Südasienbüros geschrieben, von denen auch die meisten Fotos stammen. Zu bestellen ist das neue "Sri Lanka verstehen" über das Südasienbüro. Einzelpreis 6,50.

reszeitraum an.

Agrarexporte nahmen um vier Prozent zu und lagen bei 568 Mio. US\$, sie resultieren aus erhöhten Einnahmen bei Tee, Kokosnüssen und übrigen landwirtschaftlichen Produkten. Der Export von Mineralien, vor allem Edelsteine, stieg um 14 Prozent auf 74 Mio US\$.

Importe nach Sri Lanka verzeichneten eine Zunahme um 17 Prozent im Vergleichszeitraum. Diese Entwicklung verlief in nahezu allen Importsparten ähnlich.

Die Ausgaben für Konsumgüter stiegen um 16 Prozent, d.h. von 649 Mio auf 755 Mio. US\$. Zucker (39 Prozent), übrige Konsumgüter (20 Prozent) und Fische (14 Prozent) sind die wichtigsten Importgüter. Demgegenüber fielen die Ausgaben für Reisimporte sehr deutlich um 63 Prozent von 32 Mio auf 12 Mio US\$.

Die Ausgaben für Importe von Investitionsgütern nahmen um 29 Prozent zu, bei Baumaterialien um 23 Prozent, bei Verkehrstechnik um 52 Prozent, bei Maschinen und Ausrüstung um 15 Prozent und bei den übrigen Investitionsgütern um 33 Prozent.

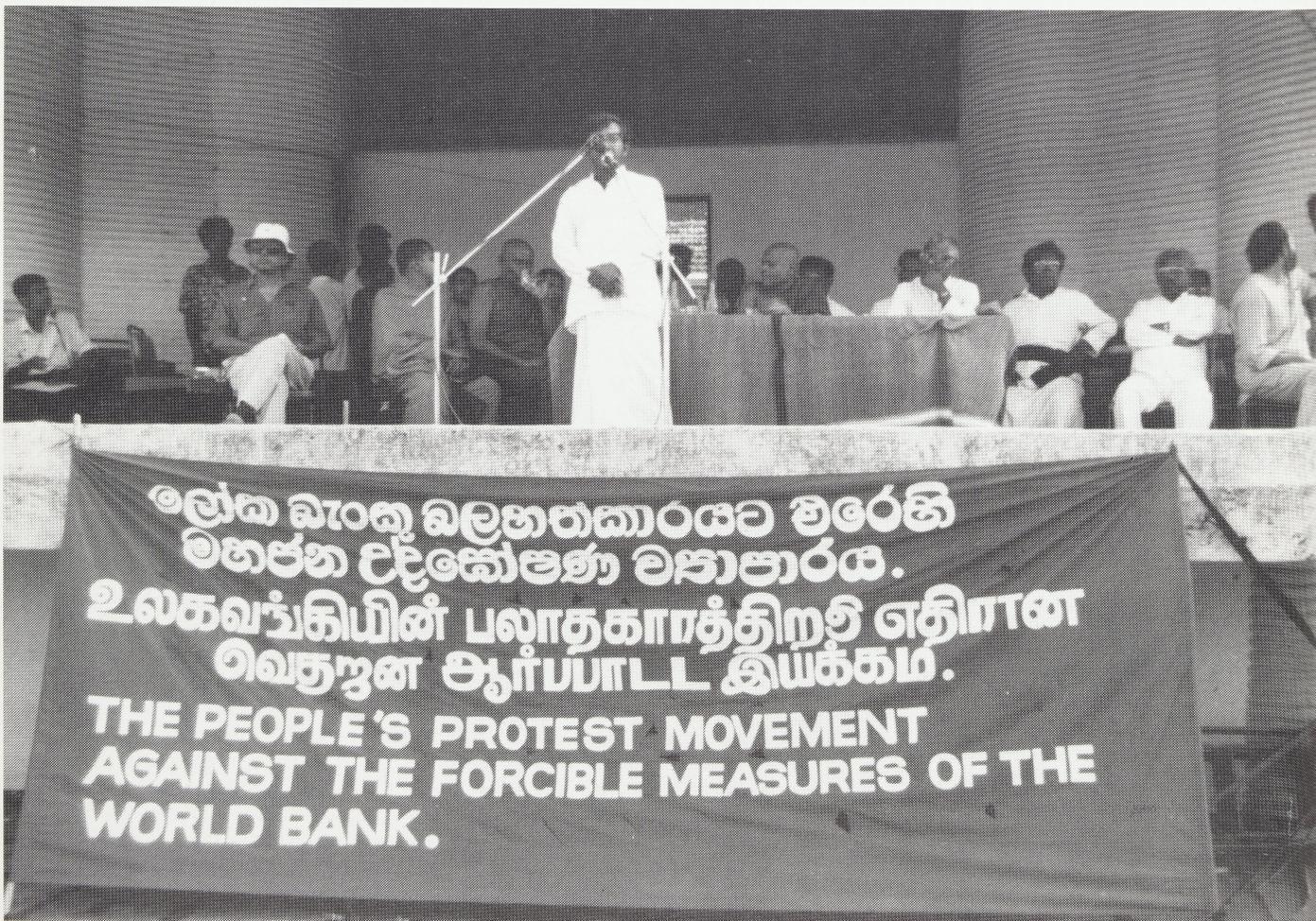
Deutscher Tourist wegen Prostitution mit Minderjährigen in Haft

Vor dem Amtsgericht in Balapitiya (Südprovinz) wurde Anklage gegen einen 65-jährigen deutschen Touristen aus Stuttgart und sechs Personen aus Sri Lanka Anklage wegen Prostitution mit minderjährigen Jungen erhoben. Mütter aus der Region beklagten sich bei der lokalen Polizei, daß ihre, meist jünger als zehnjährigen, Söhne von einem Schlepperring mit wertvollen Geschenken angelockt und offensichtlich zur Prostitution gezwungen wurden. Polizeilichen Angaben zufolge steht ein 65-jähriger deutscher Rentner im Zentrum der Ermittlungen. Danach war sein angemietetes Haus in Ambalangoda Zentrum der Jungenprostitution. Während Nachbarn der Polizei von häufigen Besuchen fremder Männer und von einheimischen Jungen berichteten, gibt der Rentner an, sein Interesse sei die Landschaftsmalerei, außerdem wolle er den Armen helfen. Einheimische Komplizen im Alter zwischen 16 und 33 Jahren führten dem Deutschen die Minderjährigen zu. Einige der Komplizen

sagten zudem aus, Minderjährige auch an andere Ausländer vermittelt zu haben. Sie sprachen die Schüler vor allem an den Stränden von Ambalangoda an. Die Angeklagten wurden weiter in Untersuchungshaft gehalten und mußten sich Gesundheitstests unterziehen.

Diplomaten über Entwicklungen im Nordosten informiert

Außenminister Lakshman Kadirgamar informierte Vertreter aller ausländischen Botschaften über die Entwicklungen und die Wiederaufbaupläne für den Nordosten des Landes. Danach hat die Regierung ein zum Teil mit ausländischer Hilfe finanziertes Programm in Höhe von 40 Milliarden Rupien (ca. 1,3 Milliarden Mark) zum Wiederaufbau der Region aufgelegt, mit dessen Implementierung begonnen werden könne, sobald der Frieden gesichert sei. Ein wichtiger Aspekt der aktuellen Verhandlungen betreffe den Bereich der Fischerei, so der Minister. Es gelte, den lokalen Fischern den Fischfang zu ermöglichen, ohne die Sicherheitsinteressen der srilankischen Marine zu gefährden.



Zu einer Demonstration gegen die zunehmende Einflußnahme der Weltbank kam es Mitte Januar in Sri Lanka (Foto: Walter Keller)

Sprengstoff in 'Temple Trees'

Der Fund von etwa 15 Kilogramm RDX-Sprengstoff in der Residenz ('Temple Trees') der srilankischen Präsidentin deutet auf gravierende Lücken im Sicherheitsnetz hin. Ein Kilo des Sprengstoffes hätte ausgereicht, um die gesamte Residenz in die Luft zu jagen.

Nach vorliegenden Meldungen wurde der Sprengstoff bei Zufallskontrollen im Rucksack eines Soldaten in der Nähe eines Zimmers gefunden, das vom Sohn der Präsidentin genutzt wird. Ein für die Sicherheit der Präsidentin zuständiger Offizier versuchte, den Vorfall als nichtig abzutun und erklärte, der Sprengstoff sei nur das Souvenir eines Soldaten. Er habe nach einem Gefecht mit der LTTE den Sprengstoff als Andenken in seinem Rucksack verstaut. Danach seien es nicht 15 Kilo sondern nur 500 Gramm gewesen. Diese Erklärung kann jedoch nicht die Sicher-

heitslücken erklären, die es einem Soldaten ermöglichen, ohne offizielles Wissen Sprengstoff in eine Hochsicherheitszone zu bringen. Eine Kommission wurde mit der Untersuchung des Vorfalls beauftragt, mehrere Angehörige des Wachpersonals wurden festgenommen und verhört.

Studentenproteste

Studenten der Universität Colombo besetzten das Gelände des in der Nachbarschaft der Universität gelegenen 'Ministeriums für Kultur und Religion', um auf den Mangel an billigen Studentenunterkünften aufmerksam zu machen. Die Universität bietet für etwa 1.000 ihrer insgesamt 9.000 Studenten verbilligte Wohnmöglichkeiten in Wohnheimen. Die übrigen Studenten müssen sich in den entfernten Vororten Colombos kostengünstige Unterkünfte suchen. Die Studenten räumten das Gelände des Kulturmi-

nisteriums erst nach zweiwöchiger Besetzung, nachdem ihnen der Bau von Unterkünften versprochen wurde. Außerdem hat das Kulturministerium zugestimmt, in neue Gebäude umzuziehen und seine Gebäude der Universität zu Verfügung zu stellen.

Unmut über Benzinpreiserhöhung

Die Erhöhung der Einfuhrzölle für Petroleum von zwei auf sieben Rupien durch das Finanzministerium veranlaßte die 'Ceylon Petroleum Corporation' ihre Preise deutlich zu erhöhen. Betroffen von der Preiserhöhung, die voraussichtlich auch zu einem Preisanstieg in anderen Bereichen führen wird, sind vor allem Pendler und Taxiunternehmen. Letztere sind gezwungen, ihre Tarife deutlich anzuheben und fürchten dadurch, einen Teil ihrer Kundschaft zu verlieren. Derzeit beträgt der Preis für einen Liter Benzin umgerechnet etwa 1,35 DM.

Berichtigung

In dem Beitrag "Totenquoten, die es nicht gibt", 'Südasiens' 8/94 Seite 18/19 haben sich leider auf Seite 19 einige dicke Fehler eingeschlichen, die sich nach langem Forschen mit der fehlerhaften Betätigung des PC-Korrekturprogrammes erklären lassen. Wir bitten dafür um Entschuldigung. Nachfolgend noch einmal der korrekte Text der Seite 19:

... Angehörigen in Erfahrung zu bringen, die sich bei ARI gemeldet hatten. Die ARI-Leute lehnen die Zusammenarbeit ab.

Den Angehörigen können, anstatt ihrer vermissten Verwandten, schließlich nur Fotos zur Identifizierung von Ertrunkenen übergeben werden. Herr Canasta, dessen Sohn sich telefonisch angekündigt hatte, ist verzweifelt: Sein Sohn hatte in den letzten Jahren bereits zwei Anträge auf Familienzusammenführung in der deutschen Botschaft in Sri Lanka gestellt. Nach zweimaliger Ablehnung begab er sich auf eigene Faust auf die gefährliche Reise. Herr Canasta möchte die Wasserleichenbilder lieber gar nicht sehen. Er ist jedoch sicher, daß sein Sohn sich bei der betreffenden Gruppe befand.

Boote für den Bundesgrenzschutz

Anfang Oktober 1994 bekommt die Stadt Frankfurt/Oder hohen Besuch: Innenminister Kanter weilt vier neue Boote für die Überwachung der Oder ein. Im olivgrünen Bundesgrenzschutzzelt drängen sich Presse und Ehrengäste auf olivgrünen Stühlen. Der Minister feiert mit seinem polnischen Kollegen Andzej Milczanowski die Erfolge der deutsch-polnischen Sicherheitspartnerschaft an der Grenze: "Bald werden wir noch mehr derartige Abkommen schließen", kündigt Manfred Kanter an. "Wann genau, da will

ich mich nicht festlegen. Manchmal muß man der Geschichte eben Zeit lassen, sich selbst zu überwinden."

Die vier Boote sind der neueste Beitrag zur Hochrüstung der deutschen Ostgrenze. Seit der Verschärfung des Asylrechts 1993 wurde das Überwachungsarsenal des BGS beträchtlich erweitert: Die Beamtenschaft an der Ostgrenze wurde um 1.650 auf 4.660 aufgestockt, 23 zusätzliche Stellen zur abschließlichen Überwachung der "grünen Grenze" mit insgesamt 456 mobilen Überwachungstrupps wurden eingerichtet; vier Polizeihubschrauber suchen illegale Grenzgänger aus der Luft, und 66 Wärmebildgeräte sollen bei Dunkelheit für Unpassierbarkeit sorgen. An der Ostsee stehen dem BGS zwölf Patrouillenboote und sieben seeflugtaugliche Hubschrauber zur Verfügung.

Rund 55 Prozent weniger Flüchtlinge als im Vorjahr haben 1994 versucht illegal einzureisen, freut sich der Minister. Die neuen Boote sollen für weitere "Erfolge" in der Bekämpfung von "illegalem Schleusertum und Grenzkriminalität" sorgen. Von der Frage, ob auch die Rettung ertrinkender Flüchtlinge aus dem Fluß zu den Aufgaben der Bootsbesatzungen zähle, zeigt sich Kanter überrascht. Er weiß nichts von Menschen, die beim Versuch nach Deutschland zu gelangen, ertrunken sind.

Vier tamilische Flüchtlinge, die die Überquerung des Grenzflusses am 28. August 1994 nicht überlebt haben, konnten mit Hilfe der Antifaschistischen Initiative durch Familien und Überlebende identifiziert werden. Ist diese Tragödie ein Einzelfall? Auch der 'Roma National Kongreß', eine Hamburger Roma-Organisation, hat eine Liste mit Namen von osteuropäischen Flüchtlingen, die seit dem letzten Jahr vermisst werden - und einzelne Bundesgrenzschützer lassen sich beim inoffiziellen Gespräch durchaus zu der Bemerkung hinreißen, daß Wasserleichen öfter gefunden werden.

"Leicht überquerbare Stellen werden natürlich am besten überwacht. Flüchtlinge müssen deshalb an immer gefährlicheren Stellen über den Fluß", so ein Mitarbeiter der Antirassistischen Initiative. Innenminister Kanter leugnet diesen Zusammenhang zwischen einer hochgerüsteten Grenze und der Lebensgefahr für diejenigen, die sie dennoch passieren müssen. Obwohl dieser Zusammenhang gerade ihm, der der Überwindung der Geschichte Zeit lassen will, noch in Erinnerung sein müßte. Darauf, ob seine Grenzbehörden Anweisung haben, die Bergung unidentifizierter Toter aus dem Grenzfluß wenigstens zu veröffentlichen, hat der Minister eine deutliche Antwort: "Ich habe keine Lust, über Totenquoten zu reden, die es nicht gibt."